



Anträge zum PGB 2021

Für die Stadtratssitzung vom 10.9.2020 (Stand: 10.9.2020, 12.00 Uhr – ersetzt Liste vom 7.9.2020)

Traktandum 14: Produktegruppen-Budget 2021; Abstimmungsbotschaft

Rückweisungsanträge:

Nr.	Antragstellende	Antrag:	Begründung
1.	Fraktion FDP/jf	<p>Das Produktegruppen-Budget 2021 wird vom Stadtrat an den Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgewiesen mit untenstehenden Auflagen:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Das Budget 2021 weist kein Defizit mehr auf.2. Sparmassnahmen in der laufenden Rechnung haben nachfolgenden Grundsätzen zu folgen:<ol style="list-style-type: none">a. Kürzungen werden primär in für die Bevölkerung wenig spürbaren Bereichen vorgenommen. D. h. die Kürzungen fallen insbesondere bei Unterstützungs-funktionen (z. B. Politik/Verwaltungsführung, Planung, Kommunikation, Personal- und Finanzdienstleistungen, Statistik, Archivierung) sowie beim Einkauf externer Dienstleistungen (z. B. Berichtswesen, Moderationen, Mediationen) an.	<p>Das vorliegende Produktegruppen-Budget 2021 weist ein Defizit von CHF - 37.3 Mio. auf. Für die Folgejahre muss ebenfalls mit hohen Defiziten im zweistelligen Millionenbereich gerechnet werden. Diese Belastung ist der nächsten Generation nicht zuzumuten, nimmt sie ihr doch jegliche Handlungsmöglichkeiten.</p> <p>Entsprechend hat der Gemeinderat der Stadt Bern dem Stadtrat ein ausgeglichenes Budget 2021 vorzulegen. Um dieses zu erreichen, sind Sparmassnahmen im Umfang von rund CHF 40 Mio. notwendig, wobei neue oder erhöhte Steuern</p>

Nr.	Antragstellende	Antrag:	Begründung
		<p>b. Von den Kürzungen ausgenommen werden Massnahmen, welche Menschen mit geringem Einkommens- und Vermögensstand direkt zugutekommen.</p> <p>c. Mit Empfängern, welche eine hohe Abgeltung aus Leistungsverträgen erhalten, wird in Verhandlung getreten, um von ihnen einen Beitrag an die Sparbemühungen der Stadt Bern zu erwirken.</p> <p>3. Auf die Neueinführung sowie Erhöhung von Steuern und Gebühren für das Gewerbe und die SteuerzahlerInnen wird verzichtet.</p>	<p>resp. Gebühren nicht als «Sparmassnahme» akzeptiert werden. Das Gewerbe und die SteuerzahlerInnen mit den aktuellen Steuern und Gebühren bereits zu Genüge belastet. Vielmehr gilt es in der Stadt Bern, künftig auf diverse «Nice-to-Haves» zu verzichten. Von den Sparmassnahmen möglichst ausgenommen werden sollen Menschen mit geringem Einkommen/Vermögen. Es ist – gerade in Krisenzeiten – Kernaufgabe der öffentlichen Hand, diesen Menschen nach Kräften zu helfen.</p> <p>Um den Handlungsspielraum des Gemeinderats zu vergrössern sind auch die Leistungsvertragspartner – insbesondere jene mit hoher Abgeltung – einzubeziehen. Im Sinne einer langfristigen Partnerschaft sind sie davon zu überzeugen, ihren Beitrag zur Genesung der städtischen Finanzlage zu leisten.</p>
2.	SVP	<p>Rückweisungsantrag Nr. 1 SVP Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, 45 Millionen einzusparen; dies unter Ausarbeitung einer Verzichtplanung und Priorisierung der Aufgaben.</p>	<p>Die Stadt muss endlich sparen. Der Umstand, dass die Stadt in den vergangenen Jahren trotz hohen Steuererträgen und den seit Jahren ausgesprochenen Warnungen der SVP frivol das Steuergeld ausgab, zeigt dass der Gemeinderat Stad Bern nach wie vor nicht gewillt ist, in die nötigen einschneidenden Massnahmen zu ergreifen. Es gilt eine Steuerhöhung nach den Wahlen zu verhindern.</p>
3.	SVP	<p>Eventual-Rückweisungsantrag Nr. 2 SVP Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage,</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Steuersatz ist von 1.54 auf 1, 49 zu senken; • das Budget 2020 darf kein Defizit ausweisen; 	<p>Wenn die Stadt Bern über zu viele Steuereinnahmen auf Vorrat erzielt, wird das Geld -anstelle von Steuersenkungen - wiederum leichtfertig für neue Aufgaben ausgegeben. Es sei auf die vergangenen</p>

Nr.	Antragstellende	Antrag:	Begründung
		<ul style="list-style-type: none"> es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtsplanning vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.	Jahre verwiesen, in denen den Steuerpflichtigen die ihnen zustehende Steuer-senkung mehrmals verweigert wurde. Angesichts der Finanzlage beantragt die SVP Fraktion -im Gegensatz zu den ver-gangenen Jahren - nur eine moderate Senkung.

Anträge zur Grundsatzdebatte

Nr.	Antragstellende	Antrag:	Begründung
4.	SVP	Allfällige vom Stadtrat zusätzlich zum Antrag des Gemeinderats be-schlossene Anträge, die zu Mehrausgaben für die Stadt führen, seien - sofern der Antragsteller keine andere Kompensationsvari-ante vorsieht, vollumfänglich bei der Verkehrsplanung und/oder der BSS zu kompensierten, wobei der Gemeinderat entscheiden soll, wo und in welchem Umfang die Mehrausgaben jeweils kompensiert wird.	Wir müssen sparen. Die Stadt kann in Anbetracht ihrer knappen Finanzlage nur neue Aufgaben erfüllen, die ihr vom Kan-ton oder vom Bund vorgeschrieben wer-den, nicht aber freiwillig Aufgaben über-nehmen.

Änderungs- und Ergänzungsanträge

Direktionsübergreifender Antrag (formell zuständig: FPI)

Nr.	Antragstel-lende	Alle Dienststellen	Antrag:	Begründung
5.	SBK / FinDel		Die dem Personal zugesagten drei zusätz-lichen Ferientage sind ins Budget aufzu-nehmen. Die damit verbundenen Kosten sind in den Globalbudgets der Direktionen anteilmässig zu korrigieren.	Ein wichtiges Legislaturziel ist wenigstens teilweise umzusetzen. Die drei Ferientage sind ein minimaler Ersatz für eine Reallohn-erhöhung und ein Zeichen der Wertschät-zung für das Personal. Sie sind finanziell auch in der aktuellen Situation zu verant-worten.

Nr.	Antragstellende	Alle Dienststellen	Antrag:	Begründung
6.	FSU-Minderheit		Auf die Sistierung der drei als Realloohnerhöhung konzipierten Ferientage ist zu verzichten, das Globalbudget entsprechend zu erhöhen	Die drei zusätzlichen Ferientage entsprechen als Realloohnerhöhung des städtischen Personals einem Legislaturziel des Gemeinderats und sind sozialpartnerschaftlich abgesprochen. Eine Sistierung widerspricht Treu und Glauben und ist inakzeptabel.
7.	SP/JUSO		Das Globalbudget der Finanzverwaltung (P610440 Gesamtstädtische Finanzvorgänge) ist um Fr. 860'000.- zu erhöhen.	Mit drei zusätzlichen Ferientagen wird ein Legislaturziel des Gemeinderats zumindest teilweise umgesetzt. Drei Ferientage entsprechen einer Realloohnerhöhung des städtischen Personals von 1.25% und entsprechen rund 4 Mio. Franken. Ursprünglich vorgesehen und bei der FPI eingestellt waren dafür 2,1 Mio. Franken, da der Gemeinderat davon ausging, dass mindestens 50% der Kosten kompensiert werden kann. Auf die Sistierung der drei als Realloohnerhöhung konzipierten Ferientage ist zu verzichten. Aufgrund der schwierigen finanziellen Ausgangslage sollen dafür 860'000.- Franken bei der FPI zentral eingestellt und basierend auf den in der Jahresrechnung 2020 nachgewiesenen Mehrkosten der drei zusätzlichen Ferientage, welche nicht kompensiert oder durch Dritte oder Spezialfinanzierung finanziert wurden, den Direktionen vergütet werden.
8.	SVP		Der Personalaufwand sei auf dem Niveau 2019 einzufrieren (vgl. Seite 577; 7.1 Erfolgsrechnung). Die Kürzungen sind den einzelnen Dienststellen zuzuweisen Reduktion um CHF 11'639'679.73	Personalaufwand Gemäss Budget 2021: CHF 329'683'306.59 Gemäss Rechnung 2019: CHF 318'043'626.86 Mehraufwand: CHF 11'639'679.73 Die Zunahme beim Ausbau beim Personalaufwand war nicht zu verantworten.
9.	SVP		Eventualantrag zu obenstehendem Antrag: Der Personalaufwand im 2021 darf gegenüber der Rechnung 2019 (CHF	Personalaufwand Gemäss Budget 2021: CHF 329'683'306.59

Nr.	Antragstellende	Alle Dienststellen	Antrag:	Begründung
			318'043'626.00) um maximal 2% auf CHF 324'404'500.00 steigen. Die Kürzungen sind den einzelnen Dienststellen zuzuweisen Reduktion um CHF 5'278'807.-	Gemäss Rechnung 2019: CHF 318'043'626.86 Mehraufwanddarf pro Jahr um höchstens 1 Prozent zunehmen. Da aktuell eine negative Teuerung zu verzeichnen ist, hat dies keine Auswirkungen auf die individuellen Löhne des städtischen Personals

Dienststellen GuB / PRD

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
10.	SBK	61	Stadtrat (light)	PG010000	Die Sparmassnahme durch Reduktion der Sitzungen ist rückgängig zu machen und der Globalkredit um 50'000.- zu erhöhen.	Der Stadtrat ist mit der Geschäftslast im Hintertreffen, es ist nicht sinnvoll Sitzungen zu streichen (zudem ist es demokratiepolitisch höchst bedenklich, wenn der Gemeinderat dem Stadtrat Sitzungen streichen will).
11.	SBK	61	Stadtrat (light)	PG010000	Auf die Umsetzung des Sicherheitskonzepts des Stadtrats ist zu verzichten und der Globalkredit damit um 15'000.- zu kürzen	Das Sicherheitskonzept erscheint uns nicht nötig, der Stadtrat funktioniert mit dem momentanen Konzept einwandfrei und der Zugang für Zuschauer*innen soll niederschwellig bleiben. Zudem konnte sich der Stadtrat nicht zu den Verschärfungen äussern, was demokratiepolitisch fragwürdig ist.
12.	Minderheit SBK	61	Stadtrat (light)	PG010000	Die Sitzungsgelder der Mitglieder des Stadtrats sowie die Beiträge an die Fraktionen sollen auf den im November 2019 gültigen Stand redu-	An seiner Sitzung vom 14. November 2019 hat sich der Stadtrat die eigenen Sitzungsgelder deutlich erhöht. Aufgrund der angespannten finanziellen Si-

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
					ziert werden. Das Budget soll dementsprechend um Fr. 320'000 gekürzt werden.	tuation der Stadt Bern sowie den ungewissen Aussichten für die kommenden Jahre, gilt es auf diesen Entscheid zurück zu kommen und auch bei den eigenen Bezügen Abstriche zu machen. Das Budget soll um den entsprechenden Betrag reduziert und zeitgleich das Geschäftsreglement entsprechend angepasst werden.
13.	SVP	66	Ombudsstelle	PG020000	Kürzung der Nettokosten um Fr. 100'000.00 auf 580'667.45 PG02000 (Ombudsstelle).	Der Ausbau Ombudsstelle in dieser Form war nicht gerechtfertigt. Die zusätzlich übernommenen Leistungen beim Datenschutz müssen bei der Ombudsstelle eingespart werden
14.	BDP/CVP	67	Ombudsstelle	PG020000 (P020010)	Die Nettokosten der Ombudstätigkeit sind um CHF 462'853.90 zu kürzen.	Die Ombudsstelle ist auszugliedern und als echt unabhängige Dienstleistung zu einem Bruchteil der bisherigen Kosten einzukaufen
15.	SP/JUSO	71	Gemeinderat	PG030000 (P030020)	Reduktion der Beiträge des Gemeinderats für Veranstaltungen im Interesse der Stadt um 50'000.- Franken.	Angeichts der angespannten Finanzlage der Stadt Bern sind die Beiträge des Gemeinderats für Veranstaltungen über die beantragte Reduktion hinaus zu kürzen (Entlastungsmassnahme 6, GUB).
16.	SBK / FinDel	70	Gemeinderat (light)	PG030000	Der Betrag von Fr. 35'000 für Jubiläumsfeiern, Delegiertenversammlungen, Ausstellungen, wissenschaftliche Tagungen, Festivals sei einzusparen.	Anstatt bei der Kultur und in der Gemeinwesenarbeit zu sparen, soll auf Repräsentationsanlässe verzichtet werden.
17.	SBK / FinDel	71	Gemeinderat (light)	PG030000 (P030002)	Der Beitrag an die Informationsstelle für ausländische Botschaften und Organisationen ist zu streichen und der Globalkredit damit um 70'000.- zur kürzen	Mit diesem Geld werden vornehmlich Botschaftsfamilien bei alltäglichen Anliegen beraten. Es ist nicht ersichtlich, warum gerade für Ex-Pats, die genügend Ressourcen haben, sich in der Stadt selbstständig zurechtzufinden, jährlich 70'000.- ausgegeben werden

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						sollen, wähen bei Angeboten für präkarierte Berner*innen gespart werden soll.
18.	SBK / FinDel	71	Gemeinderat (light)	PG030000 (P030020)	Der Beitrag an den Verein „NEXPO- die neue Schweiz“ ist zu streichen und der Globalkredit damit um 70'000.- zu kürzen.	Die finanzielle Beteiligung an einer neuen Landesausstellung erscheint keine zwingende Aufgabe der Stadt Bern. Wenn gespart werden muss, soll auf diese Veranstaltung verzichtet werden.
19.	SBK / FinDel	74	Stadtkanzlei	PG040000	Der Betrag von. 95'000 für Anlässe wie die Bundesfeier, Museumsnacht oder interne Anlässe im Erlacherhof sei einzusparen.	Anstatt bei der Kultur und in der Gemeinwesensarbeit zu sparen, soll auf Repräsentationsanlässe verzichtet werden.
20.	BDP/CVP	86	Informationsdienst light	PG050000 (P050010)	Kürzung der Nettokosten auf 500'000.	Corporate Identity und Corporate Design sind längst eingeführt und umgesetzt – der Informationsdienst ist auf seine Kernaufgaben zu reduzieren.
21.	SBK / FinDel	97	Personal, Finanzen und Digitale Entwicklung	PG100200	Die Praktikastellen im Umfang von 60 000 Franken sind beizubehalten (Sparmassnahme 7 PRD).	Praktika und Lehrstellen helfen Berufserfahrung zu sammeln. In der aktuellen Situation sind sie besonders wichtig und sollten nicht ohne Not gestrichen werden.
22.	SBK / FinDel	97	Personal, Finanzen, Digitale Entwicklung	PG100200	Die Lehrstellen im Umfang von 25 000 Franken sind beizubehalten (Sparmassnahme 8 PRD)	Praktika und Lehrstellen helfen Berufserfahrung zu sammeln. In der aktuellen Situation sind sie besonders wichtig und sollten nicht ohne Not gestrichen werden.
23.	SBK	101	Direktionsstabsdienste und Gleichstellung	PG100300	Folgende Sparmassnahmen bei der Fachstelle für Gleichstellung sind rückgängig zu machen: - Verzicht/Reduktion Ausstattung Projekte 26'000.00 (Verzicht auf Geplante Veranstaltungsreihe, Reduktion der Vereinbarkeitsangeboten (Beratungen, Workshops), Einsparung Lohngleichheitskontrollen) - Kürzung Hochschulpraktikum 7'000.00	Der Frauen*streik wie auch die Corona-Krise haben deutlich aufgezeigt, dass es mehr und nicht weniger Bemühungen für die tatsächliche Gleichstellung braucht. Bei der Gleichstellung darf nicht gespart werden. Zudem ist die Stadt gerade in Krisenzeiten auch in der Verantwortung Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, es sollen keine Praktikastellen gekürzt werden.

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
24.	AL	101	Direktionsstabsdienste und Gleichstellung	PG100300 (P100320)	Die Kürzung bei der Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann, für die Beratungsleistung LGBTI+ von Fr. 40'000.00, sei rückgängig zu machen./	Der Frauen*streik wie auch die Corona-Krise haben deutlich aufgezeigt, dass es mehr und nicht weniger Bemühungen für die tatsächliche Gleichstellung braucht. Grundsätzlich gibt es zu wenige Beratungsangebote für LGBTI+ in Bern. Diese sollten eher ausgebaut als gestrichen werden.
25.	SP/JUSO	107	Kultur Stadt Bern	PG1100000 (P110020)	Der Beitrag für die Theaterschaffenden ist um Fr. 50'000.- auf das Niveau von 2019 zu erhöhen. Der Beitrag für die Breitenkultur ist um Fr.22'300.- auf das Niveau von 2019 zu erhöhen.	Die Kredite für die Theaterschaffenden und für die Breitenkultur sollen auf dem Niveau von 2019 belassen werden, was die entsprechenden Erhöhungen nötig macht.
26.	SP/JUSO Eventualantrag zu Antrag oben SP/JUSO	107	PG1100000 (P110020)	Kultur Stadt Bern	Der Beitrag für die Theaterschaffenden ist um Fr. 50'000.- auf das Niveau von 2019 zu erhöhen. Der Beitrag für die Breitenkultur ist um Fr.22'300.- auf das Niveau von 2019 zu erhöhen.	Die Kredite für die Theaterschaffenden und für die Breitenkultur sollen auf dem Niveau von 2019 belassen werden, was die entsprechenden Erhöhungen nötig macht.
27.	GFL/ EVP	107	PG1100000 (P110020)	Kultur Stadt Bern	Die Kürzungen bei den Krediten der freien Kulturszene von 286000 Franken sind rückgängig zu machen und zur Kompensation mit den fünf grossen Häusern über eine freiwillige Teilrückerstattung der wegen Corona nicht beanspruchten Kredite zu verhandeln, wie dies auch innerhalb der geplanten Aufgabenüberprüfung ab 2022 vorgesehen ist.	Die freie Kulturszene ist durch Corona viel stärker betroffen als das KTB, welches die Mittel des Bundes für Kurzarbeit beanspruchen konnte. Die Mittel des LV von KTB sollen um den Betrag der bezogenen Bundesleistungen reduziert werden und stattdessen der freien Kulturszene zugutekommen.
28.	SP/JUSO (Gegenüberstellung mit Antrag)	107	PG1100000 (P110020)	Kultur Stadt Bern	Die lineare Kürzung bei den Kulturkrediten der Freien Förderung sind rückgängig zu machen: Die Kommissionskredite sollen um folgende Beträge aufgestockt werden	Gerade die Kulturschaffenden der freien Szene haben während der Corona-Pandemie sehr stark unter Verdienstauffällen gelitten. Auftrittsmöglichkeiten und damit Gagen und Eintritte sind weitge-

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
	untenstehend)				<p>(entspricht der Einsparung durch den Gemeinderat): Bildende Kunst: 17'000.- Literatur: 15'000.- Musik: 34'500.- Theaterschaffen: 50'000.- Film: 3'000.- Schwerpunktkredit: 50'000.- Spartenübergreifende Projekte: 50'000.- Pauschale Programmförderung: 23'000.- Breitenkultur (Laienorchester): 22'300.- Kulturaustausch: 10'000.- Stadtentwicklung durch Kultur: 10'000.- Erhöhung Total: 284'800.-</p>	<p>hend weggefallen. Wenn heute Veranstaltungen stattfinden, dürfen die Säle nicht gefüllt werden.</p> <p>Auch jetzt, nachdem das öffentliche Leben langsam wieder hochgefahren wird, haben es selbstständige Kulturschaffende schwer, da sie wegen der Corona-Auflage die Säle nicht füllen dürfen und dadurch wiederum Verdienstaussfälle drohen.</p> <p>Es darf nicht sein, dass die Stadt in dieser Krise bei der direkten Förderung und damit bei der Freien Szene spart und die existenziellen Einbussen für Kulturschaffende und das Kulturschaffen noch verstärkt.</p>
29.	GB/JA!; und SBK	107	Kultur Stadt Bern	PG1100000 (P110020)	<p>Die Sparmassnahmen bei der den Kulturkrediten der direkten Förderung seien rückgängig zu machen:</p> <p>Die Kommissionskredite seien um folgende Beträge aufzustocken (entspricht der Einsparung durch den Gemeinderat): Bildende Kunst: 17'000.- Literatur: 15'000.- Musik: 34'500.- Theaterschaffen: 50'000.- Film: 3'000.- Schwerpunktkredit: 50'000.- Spartenübergreifende Projekte (im Budget veraltet „a.o. Beiträge kult. Aufgabe“): 50'000.- Pauschale Programmförderung: 23'000.-</p>	<p>Die Corona-Krise hat die Kulturschaffende, insbesondere aus der Freien Szene hart getroffen: Auftrittsmöglichkeiten und damit Gagen und Eintritte sind weitgehend weggefallen. Es darf nicht sein, dass die Stadt in dieser Krise bei der freien Förderung spart und die Bedrohung für die Kulturschaffenden und das Kulturschaffen noch verstärkt.</p>

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
					Breitenkultur (Laienorchester): 22'300.- Kulturaustausch: 10'000.- Stadtentwicklung durch Kultur: 10'000.- Promotion und Distribution Fr. 70'000.-; Kulturelle Infrastrukturen der Altstadt Fr. 10'000.- Erhöhung Total: 364'800.-	
30.	Minderheit SBK	107	Kultur Stadt Bern	PG110000 (P110020)	Die Kürzungen bei den Krediten der freien Kulturszene von 364'800 Franken sind rückgängig zu machen und zur Kompensation mit Leistungsvertragspartnern über eine Teilrückerstattung der wegen Corona und Kurzarbeitsentschädigungen nicht beanspruchten Kredite zu verhandeln.	Die freie Kulturszene ist durch Corona viel stärker betroffen als die Leistungsvertragspartner, welche die Mittel des Bundes für Kurzarbeit beanspruchen konnten. Die Mittel der Leistungsvertragspartner sollen um den Betrag der bezogenen Bundesleistungen reduziert werden und stattdessen der freien Kulturszene zugutekommen.
31.	SVP	110	Kultur Stadt Bern	PG110000	Die Nettokosten für PG110000 seien um 20% zu kürzen.	.
32.	SVP Eventualantrag zu vorangehendem Antrag	110	Kultur Stadt Bern	PG110000	Die Nettokosten für PG110000 seien um 10% zu kürzen.	.
33.	BDP/CVP	113	Denkmalpflege	PG120000 (P120020)	Die Nettokosten der Grundlagenarbeit der Denkmalpflege sollen um CHF 100'000 gekürzt werden.	Auch die Denkmalpflege muss ihren Beitrag zu den Sparmassnahmen leisten. Es gilt bei der Dokumentation sowie Aufbau & Integration der Geschäftsdatenbank effizienter zu arbeiten und auf nicht dringend notwendige Aufgaben zu verzichten.

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
34.	SBK / FinDel (im Falle einer Annahme des vorangehenden Antrags: klären ob Eventualantrag)	112	Denkmalpflege	PG120000	Die Erarbeitung eines UNESCO- Managementplans sei zu verschieben und der Globalkredit damit um die eingestellten 40'000.- zu kürzen.	Angesichts der nötigen Sparmassnahmen ist die Erarbeitung des UNESCO- Managementplans zu verschieben. Hinweis: Die Rechtliche Zulässigkeit wird mit folgender Begründung umstritten: Der Gemeinderat hat mit GRB Nr. 2020-777 der Verlängerung des Verpflichtungskredits bis 2021 zugestimmt. Es wurde entsprechend Personal angestellt.
35.	SBK / FinDel	117	Aussenbeziehungen und Statistik	PG130100	Die Kosten in dieser Dienststellen sind zusätzlich um 50'000 Franken zu reduzieren	Repräsentationskosten sind in finanziell schwierigen Zeiten tief zu halten.
36.	SBK	117	Aussenbeziehungen und Statistik	PG130100	Der Anlass Forum on Modern Direct Democracy sei abzusagen und der Globalkredit damit um 65'000.- zu kürzen.	Solche Anlässe sind spannend und die internationale Vernetzung und Weiterbildung zu diesem Thema ist wichtig. Allerdings muss in einer Abwägung der Sparmassnahmen auf die städtische finanzielle Unterstützung für solche Grossanlässe verzichtet werden.
37.	SBK	130	Wirtschaftsamt	PG160100 (P160130)	Der Netto-Globalkredit dieses Produkts von 264'648.41 Franken (=318'013.37 Franken – Erlöse von 53'364.96 Franken) sei zu streichen.	Dass die Wirtschaft in der Verwaltung eine Ansprechpartnerin hat ist wichtig und mit dem Produkt P160120 Anlaufstelle Wirtschaft gesichert. Warum das Wirtschaftsamt aber Behörden oder andere Verwaltungsstellen beraten soll, ist unklar. Dieser Globalkredit soll daher gestrichen werden.
38.	SBK	130	Wirtschaftsamt (Standortförderung)	PG160100 (P160110)	Die Standortförderung sei auf 90'000.- zu reduzieren und die Nettokosten seien damit um 105'000.47 zu kürzen.	Unternehmen wählen ihren Standort aufgrund von Kriterien wie Verfügbarkeit von Personal und Räumlichkeiten/Böden, Lebensqualität, Bildungs- und Kinderbetreuungsangeboten, Erreichbarkeit etc. und kaum aufgrund einer Promotionsmassnahme. Diese Aufwendungen sind deshalb zu reduzieren. Dafür können Massnahmen im Stadtentwicklungs-

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						oder Kulturbereich weiter finanziert werden, die für die Standortwahl viel entscheidender sind.
39.	SBK / FinDel	129	Wirtschaftsamt	PG160100	Die Kosten sind global um 100 000 Franken zu kürzen	Der Leistungsausweis des Wirtschaftsamtes ist unklar. Die PR für die Stadt Bern produziert keinen ersichtlichen Mehrwert.
40.	BDP/CVP	134	Stadtplanungsamt	PG170500	Die Nettokosten des Stadtplanungsamts sollen um CHF 729'862.17 auf CHF 6'000'000 gekürzt werden.	Die aktuelle Finanzlage lässt einen weiteren Ausbau des Stadtplanungsamts nicht zu und es gilt im Rahmen der Sparmassnahmen auch beim Stadtplanungsamt weiter zu sparen. Es soll auf den Zustand von 2019 zurückgekehrt werden. Zudem soll die Stadt Bern künftig darauf verzichten selber als Bauherrin aufzutreten.
41.	SVP	134	Stadtplanungsamt	PG170500	Die Nettokosten des Stadtplanungsamts sollen auf CHF 5'000'000 gekürzt werden.	Die Stadt der Stadt Bern geht in eine falsche Richtung. Die Planung der Überbauung wertvoller Grünareale muss gestoppt werden. Auch darf die Stadt nicht mehr als Bauherr auftreten.

Dienststellen SUE

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
42.	Tabea Rai, AL Mohamed Abdirahim, JUSO	148	Direktionsstabsdienste	PGB 200 100	Das Projekt Dialog 3 sei mit 10'000.- weiterzuführen.	Das Projekt Dialog III im Zusammenhang mit dem Thema Racial und Ethnic Profiling: Der direkte Dialog zwischen Kantonspolizei und potentiell von Racial Profiling Betroffenen sowie NGOs ist sehr wichtig in der Bekämpfung von Racial Profiling. Seit acht Jahren finden deshalb Dialog-Veranstaltungen statt, die von der

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						<p>Nichtregierungsorganisation gggfon (gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus), gemeinsam mit dem Swiss African Forum (SAF) und der Kantonspolizei Bern durchgeführt werden. Während der Dauer von zwei Jahren (2019/2020) wurde der Dialog 3 von der Projektgruppe unter der Führung des gggfon umgesetzt.</p> <p>Nach den Veranstaltungen Dialog 1 und Dialog 2 findet aktuell der Dialog 3 statt. Es handelt sich dabei einerseits um öffentliche, moderierte Forumsveranstaltungen andererseits um im engeren Rahmen gehaltene Runde Tische zur Aufarbeitung von Einzelfällen. Für die Weiterführung dieses Projektes sollten jährlich 10'000 gesprochen werden. Gerade im Zusammenhang mit Racial Profiling bei der Polizei, ist es notwendig, solche Projekte weiterzuführen.</p>
43.	SP/JUSO	149	Direktionsstabsdienste	PG220100 (P200150 Sonderrechnung Tierpark)	Der Beitrag für den Tierpark Dählhölzli ist um insgesamt 300 000 Franken zu kürzen. (Sparmassnahme 10 SUE).	Der Tierpark Dählhölzli hat umfassende Fundraising-kapazitäten, die in der aktuellen Situation anzuzapfen sind.
44.	SVP (mit Kompensation bei der Verkehrsplanung)	154	Kantonspolizei	PG210100	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 350'000.00 zugunsten PG210100 Kantonspolizei. Damit soll eine Verbesserung des Fussgängerschutzes auf den Trottoirs und auf Gehwegen mit Fahrverbot erreicht werden. Der Betrag ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.	Der Schutz der Fussgänger muss verbessert werden.
45.	SVP	154	Kantonspolizei	PG210100	Erhöhung der Nettokosten um Fr. 550'000.00 zugunsten PG210100	Der Schutz im Raum Reithalle muss verbessert werden.

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
					Kantonspolizei. Damit soll die Sicherheit im Raum Reithalle/Schützenmatte verbessert werden.	
46.	GFL/EVP (mit Kompensation im Polizeiinspektorat, siehe Antrag dort)	160	Amt für Umweltschutz	PG220100	Auf die Projekte wie der Umwelttag, die lokale Agenda 21, bike to work, das Label Energiestadt etc. ist zu verzichten und die Nettokosten der Produktgruppe Umweltschutz seien um 366 000 Franken zu reduzieren.	Die Wirkung dieser Projekte ist sehr gering ¹ weshalb bspw. das BFE das Label Energiestadt nicht weiter unterstützen wird. Im Gegenzug soll mit den bereits vorhandenen Mitteln die Umsetzung der Massnahme 13 (energieeffiziente Gebäude) des Energierichtplans angegangen werden. Die eingangs genannten Kampagnen stammen aus der Zeit der Freiwilligkeit der 2000er Jahre, während man heute Lenkungsabgaben, Subventionen (Gebäudeprogramm, Investitionsbeiträge etc), Velohaupttrouten und ein quasi Verbot von fossilen Heizungen hat. Die Stadt soll prioritär diese Massnahmen für den ökologischen Umbau nutzen anstatt an alten Zöpfen festzuhalten.
47.	GB/JA!	160	Amt für Umweltschutz	PG220100	Die Streichung des Umwelttages (Entlastungsmassnahme 15) ist rückgängig zu machen, das Globalbudget um CHF 70'000.- zu erhöhen.	Die Umsetzung der gemeinderätlichen Klimamassnahmen ist nicht möglich, ohne Einbezug der Quartiere und der Bevölkerung. Dafür ist der Umwelttag zentral.
48.	FSU / FinDel	169	Polizeiinspektorat	PG230200	Beim Veranstaltungspool seien CHF 200'000.- (Entlastungsmassnahme 32) statt der geplanten 95'000.- einzusparen. Das Globalbudget ist um CHF 105'000.- zu entlasten.	Mit dem Veranstaltungspool unterstützt der Gemeinderat Veranstaltungen, von denen er im Budgetprozess noch nicht weiss. In einem Krisenjahr hat die Stadt

¹ <https://www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/versorgung/statistik-und-geodaten/evaluationen.html>

http://www.syneval.ch/database/pdf/Rieder_Walker_2009_Energieeffizienz.pdf

<https://www.interface-pol.ch/projekte/verkehrsintensive-einrichtungen-effektivitaet-und-effizienz-von-verkehrsbeschränkenden-massnahmen>

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						andere Aufgaben, als private Veranstaltung zu mitzufinanzieren. Mit den verbleibenden CHF 100'000.- können nach wie vor ausgewählte nachhaltige und nicht kommerzielle Veranstaltungen unterstützt werden.
49.	GB/JA!	169	Polizeiinspektorat	PG230200	Der Beitrag der Stadt an das Lichtspektakel auf dem Bundesplatz ist zu streichen, das Globalbudget entsprechend um CHF 180'000.- zu entlasten.	Angesichts der Finanzkrise hat die Stadt andere Aufgaben als ein Lichtspektakel mitzufinanzieren. Dies ist Aufgabe von Privaten.
50.	SP/JUSO Eventualantrag obenstehendem GB/JA!	169	Polizeiinspektorat	PG230200 (P230280)	Der Beitrag für das Lichtspektakel auf dem Bundesplatz ist um 60 000 Franken zu kürzen.	Angesichts der angespannten Finanzlage der Stadt Bern ist der Beitrag fürs Lichtspektakel zu reduzieren. Dieser kann durch Sponsoring via Dritte übernommen werden.
51.	GB/JA!	169	Polizeiinspektorat	PG230200	Das Stadtfest ist coronabedingt auf 2021 verschoben worden. Auf den Gebührenerlass durch die Stadt ist dabei zu verzichten. Es sind Gebühreneinnahmen von CHF 310'000.- für Polizeikosten und Bodennutzung zu budgetieren.	In Bern gibt es genügend Feste und Events, die Stadt soll in Krisenzeiten kein zusätzliches Stadtfest finanziell unterstützen, das Geld ist für wichtigere städtische Aufgaben auszugeben.
52.	GB/JA!	173	Polizeiinspektorat	PG230200	Auf die Arbeiten unter dem Motto «Hauptstadt der Märkte» ist zu verzichten, das Globalbudget um CHF 10'000 zu entlasten.	In der Stadt Bern hat es genügend Märkte, ein weiterer Ausbau ist unnötig.
53.	FSU / FinDel	176	Polizeiinspektorat	PG230400	Auf die Kürzung bei der Bekämpfung des Menschenhandels (Entlastungsmassnahme 31) ist zu verzichten, das Globalbudget um CHF 10'000.- zu erhöhen.	Die Bekämpfung des Menschenhandels ist eine wichtige Aufgabe der Stadt. Der Betrag ist nötig, damit entsprechende Schulungen durchgeführt werden können.
54.	FSU und	176	Polizeiinspektorat	PG230400	Die Sistierung der drei neu bewilligten Stellen (Entlastungsmassnahme 19) im Bereich Ausländer und Integrationsgesetz ist rückgängig zu machen,	Begründung FSU: Angesichts der Verschärfungen im AIG auf nationaler Ebene und der rigiden Umsetzung auf kantonaler Ebene, muss die

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
	GFL/EVP (mit Kompensation im Amt für Umweltschutz siehe Antrag dort)				das Gobaibudget um CHF 366'000.- zu erhöhen.	<p>Stadt Gegensteuer geben. Wegen der Corona-Krise müssen mehr Menschen ohne Schweizer Pass Sozialhilfe beziehen. Wenn die Stadt die Sachverhalte nicht individuell und vertieft abklären kann, drohen Rückstufungen in den Bewilligungen und nicht abgedeckte Härtefälle. Damit das Polizeiinspektorat diese Aufgaben erfüllen kann, braucht es diese Stellen.</p> <p><u>Begründung GFL/EVP:</u> Angesichts der Verschärfungen im Ausländer- und Integrationsgesetz AIG auf nationaler Ebene und der rigiden Umsetzung auf kantonaler Ebene, muss die Stadt Gegensteuer geben. Wegen der Corona-Krise müssen mehr Menschen ohne Schweizer Pass Sozialhilfe beziehen. Wenn die Stadt die Sachverhalte nicht individuell und vertieft abklären kann, drohen Rückstufungen in den Bewilligungen und nicht abgedeckte Härtefälle. Damit das Polizeiinspektorat diese Aufgaben erfüllen kann, sind diese Stellen nötig.</p>
55.	SP/JUSO	176	Polizeiinspektorat	PG230400 (P230410/420/440)	Die Sparmassnahme 19 SUE ist teilweise rückgängig zu machen. Für Erstgespräche, fremdenpolizeiliche Abklärungen und die Bekämpfung von Menschenhandel sind zusätzlich 180 000 Franken Personalkosten im Budget einzustellen.	Die SUE hat aufgezeigt, dass mindestens ein Teil der gestrichenen Stellen für die Ausübung der genannten Aufgaben dringend notwendig ist.
56.	GB/JA! und AL	224	Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz	PG280200	Auf die Streichung der 30%-Stelle im Projekt StOP (Entlastungsmassnahme	Wie sich auch während und nach dem Lockdown gezeigt hat, führen Krisen zu mehr häuslicher Gewalt. Das durch den Stadtrat beschlossene Projekt Stadtteile

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
					69) ist zu verzichten, das Globalbudget um CHF 50'000.- zu erhöhen.	ohne Partnergewalt darf deshalb nicht durch das Einsparen der Stelle gefährdet werden.

Dienststellen BSS

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
57.	SBK	248	Direktionsstabdienste	PG300100	Die Streichung/Kürzung des Engagements der Stadt Bern im Zusammenhang mit den Fluchtkrisen sei rückgängig zu machen und der Globalkredit um 91'800 zu erhöhen.	Die Solidarität der Berner*innen mit Menschen, die vertrieben werden ist gross. Es kann nicht sein, dass die Stadt ihr Engagement in diesem Bereich zurückstellt, gerade in dieser Zeit, in der sich die Lage an Europas Grenze immer mehr verschärft.
58.	SBK / FinDel	250	Direktionsstabdienste	PG300200	Der Kredit für die Cannabisstudie ist zu streichen.	Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Cannabisstudie 2021 lanciert werden
59.	SBK	261	Sozialamt	PG310100 (P310110)	Der Gemeinderat schlägt als Sparmassnahme vor, auf Vorhaltekosten für Wohnungen für Obdachlose zu verzichten. Diese Sparmassnahme sei rückgängig zu machen und der Globalkredit um 40'000.- zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. Gerade der Lockdown hat Menschen, welche obdachlos sind, hart ge-

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						troffen, die Institutionen der Obdachlosenhilfe laufen seit Jahren am Auslastungslimit, hier könnten Notwohnungen Entlastung schaffen. Nun auf städtische Notwohnungen zu verzichten ist deshalb kontraproduktiv.
60.	SBK / FinDel	270	Sozialamt	PG310400	Der Gemeinderat schlägt als Sparmassnahme vor, auf Mietzinsvergünstigung im Buech zu verzichten. Diese Sparmassnahme sei rückgängig zu machen und der Globalkredit um 30'000.- zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. Die bisherige Handhabung mit einem Pauschalbeitrag für die Mietzinsvergünstigung im Buech soll beibehalten werden, so kann sichergestellt werden, dass es für keine Bewohner*innen im Buech zu einer Mietzinserhöhung kommt.
61.	SBK / FinDel	270	Sozialamt	PG310400	Auf die Kürzung des Leistungsvertrages mit dem Verein Schuldensanierung um 10'000.- ist rückgängig zu machen und der Globalkredit entsprechend zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						<p>Durch den Verein Schuldensanierung werden Beratungen und Begleitungen angeboten, welche von der Stadt abgegolten werden. Die Reduktion des Kostendach hat zur Folge, dass die Zuweisung durch den Sozialdienst restriktiver erfolgen muss, bzw. dass weniger Menschen Zugang zu diesem Angebot haben werden. Dies würde vor allem diejenigen betreffen, die eine präventive Beratung nötig hätten.</p>
62.	SBK / FinDel	277	Sozialamt	PG310600	<p>Der Gemeinderat will auf die Massnahme M4 (Qualifikationsprogramm Gastro und Reinigung) der Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen verzichten. Diese Sparmassnahme sei rückgängig zu machen und der Globalkredit um 100'000.- zu erhöhen.</p>	<p>Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.</p> <p>Durch die Coronakrise steigt die Erwerbslosigkeit, umso wichtiger werden Unterstützungsangebote in Bezug auf berufliche und soziale Integration.</p> <p>Mit der Massnahme M4 sollen Qualifizierungsmöglichkeiten im Gastro- und Reinigungsbereich unterhalb des Berufsbildungsniveaus in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachbranchen erarbeitet werden. Diese Sparmassnahme trifft vor allem Frauen, die generell und durch die Krise vermehrt von Armut betroffen oder</p>

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						bedroht sind. Es kann nicht sein, dass nun auf dem Buckel von dieser Personengruppe gespart wird.
63.	SBK	277	Sozialamt	PG310600	Der Gemeinderat will auf die Massnahme M3 (Coaching Soziale Integration) der Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen verzichten. Diese Sparmassnahme sei rückgängig zu machen und der Globalkredit um 70'000.- zu erhöhen.	<p>Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.</p> <p>Durch die Coronakrise steigt die Erwerbslosigkeit, umso wichtiger werden Unterstützungsangebote in Bezug auf berufliche und soziale Integration.</p> <p>Die Massnahme M3 zielt auf die Stabilisierung der Lebenssituation von langzeiterwerbslosen Sozialhilfebeziehenden ab. Es kann nicht sein, dass nun auf dem Buckel von dieser Personengruppe gespart wird.</p>
64.	SBK	277	Sozialamt	PG310600	Der Gemeinderat will auf die Massnahme M5 der Strategie zur Förderung der beruflichen und sozialen verzichten. Diese Sparmassnahme sei rückgängig zu machen und der Globalkredit um 65'000.- zu erhöhen.	Die Massnahme M5 zielt auf die Schaffung von leistungsgerechterer Entlohnung für langzeitarbeitslose Sozialhilfebeziehende in Arbeitsintegrationsangeboten. Diese Menschen arbeiten teilweise jahrelang in «Beschäftigungsprogrammen» und verdienen fast nichts. Das ist nicht richtig. Dies will diese Massnahme korrigieren.

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
65.	AL	290	Schulamt	PG320100 (P320120)	Auf die Kürzung zur Prävention sexualisierter Gewalt für die Klassen der Eingangsstufe (Par-cours "Mein Körper gehört mir") und der Mittelstufe (Projekt MFM "Zyklusshow" für Mädchen und "Agenten auf dem Weg" für Jungen) sei zu verzichten	Sexualisierte Gewalt ist auch in der Schweiz viel verbreiteter als gedacht: Mindestens jede fünfte Frau hat bereits einen sexuellen Übergriff erlebt. Auch Kinder und Jugendlichen werden schon früh mit diesem Thema konfrontiert. Eine wirksame Prävention setzt deshalb früh an. Kinder müssen ermutigt werden, ihre eigenen Körpergrenzen zu kennen und diese bei einer Überschreitung verteidigen zu können.
66.	SBK	300	Schulamt	PG320200	Die Kürzung Aufgabenbetreuung Volksschule (Ausbau gemäss Schwerpunkteplan Integration) von 100'000.- ist rückgängig zu machen.	Die Aufgabenbetreuung hat gerade durch die Coronakrise an Bedeutung gewonnen. Der vorgesehene Fokus bei der Aufgabenbetreuung auf Sprachkompetenzen kann einen wesentlichen Beitrag in Bezug auf die Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen leisten. Es braucht jetzt und in Zukunft die ursprünglich geplanten Mittel erst recht, um der bestehenden und nun verstärkten Ungleichheit entgegenzuwirken.
67.	SBK	291	Schulamt	PG320100	Die Kürzung bei Kulturprojekten von 50'000.- sei rückgängig zu machen	Die Förderung der Kinder- und Jugendkultur ist Teil der Kulturstrategie der Stadt und leistet einen wichtigen Beitrag für die Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten von Kinder und Jugendlichen in Bern. Dieses Angebot ermöglicht es Schulklassen Kulturveranstaltungen (Theater, etc.) zu besuchen. Dies ermöglicht allen Schüler*innen, unabhängig vom Einkommen der Eltern Zugang zu Kulturveranstaltungen) Die Nachfrage nach diesem Angebot ist seit Jahren viel höher als

Nr.	Antrag- stellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						<p>Mittel vorhanden waren. Hier noch zu kürzen ist grundsätzlich, in Anbetracht an die steigenden Schüler*innenzahlen erst recht, nicht richtig.</p> <p>Diese Kürzung hat auch indirekt eine Schwächung der Situation von Kulturvermittelnden und Kulturinstitutionen zur Folge und betrifft somit im allgemeinen einen Bereich, der durch die Krise so-wieso schon hart getroffen ist.</p>
68.	SBK	301	Schulamt	PG320200	Die Kürzung des Leistungsvertrages mit dem Gemeinnützigen Verein für die Aufgabenhilfe um 50'000.- ist rückgängig zu machen.	Die Aufgabenhilfe und Lernbegleitung hat gerade durch die Coronakrise an Bedeutung gewonnen. Es braucht jetzt und in Zukunft die ursprünglich geplanten Mittel, um die Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen zu fördern, bzw. der entstandenen Ungleichheit entgegenzuwirken.
69.	SBK / FinDel	304	Schulamt	PG320300	Die Kürzung Musikstipendien um 50'000.- sei rückgängig zu machen.	Die Förderung der Kinder- und Jugendkultur ist Teil der Kulturstrategie der Stadt und leistet einen wichtigen Beitrag für die Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten von Kinder und Jugendlichen in Bern. Diese Stipendien werden an Kinder aus einkommensschwachen Familien für den Zugang zu Einzelmusikunterricht bezahlt. Es braucht jetzt und in Zukunft die ursprünglich geplanten Mittel, um die Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen weiterhin zu fördern. Diese Kürzung hat auch indirekt eine Schwächung der Situation von Kulturschaffenden im allgemeinen zur Folge und betrifft

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						somit eine Berufsgruppe, die durch die Krise sowieso schon hart getroffen ist.
70.	SBK / FinDel	305	Schulamt	PG32030	Die Streichung des Beitrags an die Ludothek Bern-West sei rückgängig zu machen und der Globalkredit um 21'200.- zu erhöhen.	<p>Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.</p> <p>Die Ludothek Bern-West im Tscharni ist ein wichtiges Angebot für Kinder und Eltern, dass durch diese Kürzung mit grosser Wahrscheinlichkeit geschlossen werden muss.</p>
71.	SBK / FinDel	308	Familie und Quartier	PG330100	Für den Betrieb der Elterncafés Stöckacker und Schwabgut sowie für den Aufbau eines neuen Elterncafés im Chleefeld ist der Globalkredit um 10'000 zu erhöhen.	<p>Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. In der Gemeinwesenarbeit zu sparen bedeutet eine Verlagerung von Kosten, höhere Gesundheits- und Sozialhilfekosten sind die Folge.</p> <p>In der Bildungslandschaft Bern-West wurde das Konzept des Elterncafés ent-</p>

Nr.	Antrag- stellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						wickelt. Das Elterncafé ist ein Ort der Begegnung und des Austausches zwischen Eltern, Lehrpersonen und Leuten verschiedenster Organisationen aus dem Quartier. Es erlaubt eine niederschwellige Vernetzung von Eltern mit den Angeboten im Quartier und es findet ein Austausch zwischen Schule und Quartier statt. Um das Elterncafé betreiben zu können, ist eine minimale finanzielle Unterstützung durch die Stadt notwendig.
72.	SBK / FinDel	308	Familie und Quartier	PG330100	Für die Durchführung der Infotime-Beratungen ist der Globalkredit um 50'000.- zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. In der Gemeinwesenarbeit zu sparen bedeutet eine Verlagerung von Kosten, höhere Gesundheits- und Sozialhilfekosten sind die Folge. Infotime ist eine Anlaufstelle für Informationen und Erst- und Kurzberatungen für Migrantinnen und Migranten in ihrer Muttersprache. Die kostenlosen Einzelberatungen werden von interkulturellen Vermittlerinnen in den Sprachen Tigrinya, Amharisch, Albanisch, Tamilisch und Arabisch angeboten.

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						<p>Die Infotime-Beratungen sind bisher in einer Pilotphase gestartet, die mit Drittmittel finanziert wurde. Sie sind sehr gefragt und leisten wichtige Integrationsarbeit. Die Beratungen sollen – wie eigentlich geplant – deshalb in ein Regelangebot der vbg überführt werden.</p>
73.	SBK / FinDel	310	Familie und Quartier	PG330100	Zur Sicherung des Betriebs des Mütterzentrums Bern West ist der Globalkredit um 100'000.- zu erhöhen.	<p>Das Mütterzentrum hat sich auf Drängen der Stadt in den letzten Jahren professionalisiert und neu strukturiert. Die Löhne und Arbeitsbedingungen wurden angepasst, die Stadt hat eine Erhöhung der Abgeltung via Leistungsvertrag in Aussicht gestellt. Das MüZe kann mit den neuen Strukturen die Leistungen nicht zu den heutigen Konditionen anbieten. Ohne die Erhöhung des Leistungsvertrages kann der Betrieb nicht weitergeführt werden. Das MüZe leistet wichtige Arbeit in der Armut- und Gewaltprävention, der Integration von neuzugezogenen, meist sozioökonomisch benachteiligten Familien und Frauen und bei der Arbeitsintegration. Das niederschwellige Angebot wird vor allem von Bewohnerinnen aus dem Westen, aber auch darüber hinaus genutzt und weist schon lange eine hohe Nutzungszahl aus.</p>
74.	SBK	310	Familie und Quartier	PG330100	Um den Bedarf an Ressourcen für Jugendarbeit zu decken sind die ursprünglich eingeplanten Mittel für den Gaskessel von zusätzlichen	<p>Der Gaskessel ist ein wichtiger und wertvoller Ort für Jugendliche und junge Erwachsene in der Stadt. Der Bedarf an mehr offener Arbeit mit Jugendlichen und</p>

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
					50'000.- einzustellen und den Globalkredit entsprechend zu erhöhen.	<p>jungen Erwachsenen im Gaskessel ist nachgewiesen, da die Zahl an Aktivmitglieder gestiegen ist. Die Unterfinanzierung der Leistungen, die der Gaskessel erbringt ist schon seit Langem nachgewiesen. Eigentlich wären zusätzliche Mittel zu recht eingeplant gewesen, um dem entgegen zu wirken.</p> <p>Die Förderung der Kinder- und Jugendkultur ist Teil der Kulturstrategie der Stadt und leistet einen wichtigen Beitrag für die Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten von Kinder und Jugendlichen in Bern.</p>
75.	SBK / FinDel	313	Familie und Quartier	PG330100	Der Gemeinderat will die Gemeinwesenarbeit auf dem Standplatz für Fahrende im Buech einsparen. Darauf sei zu verzichten und der Globalkredit um 36'000.- zu erhöhen.	<p>Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.</p> <p>Durch die Streichung der GWA im Buech wird ein niederschwelliges Sozialberatungsangebot für die Bewohner*innen wegfallen. Es kann nicht sein, dass die Stadt sich aus dem Sozialraum im Buech zurückzieht. In der Gemeinwesenarbeit zu sparen bedeutet eine Verlagerung von Kosten, höhere Gesundheits- und Sozialhilfekosten sind die Folge.</p>

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
76.	SBK	313	Familien und Quartier	PG330100	Die Sparmassnahme bei den Vergünstigungen beim Fäger ist rückgängig zu machen und der Globalkredit somit um 13'000.- zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. Bei den Vergünstigungen für das Fägerangebot soll nicht gespart werden, dieses soll allen Kindern zugänglich sein.
77.	SBK / FinDel	313	Familie und Quartier	PG330100	Auf die Streichung der Hälfte der Praktika-Stellen bei toj und DOK sei zu verzichten und der Globalkredit um 120'000.- zu erhöhen.	Der Abbau von Ausbildungs- Praktikastellen beim toj und DOK führt zu einem Abbau des Angebotes der offenen Arbeit mit Kindern. Die Stadt ist gerade in Krisenzeiten auch in der Verantwortung, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, es sollen keine Praktikastellen gekürzt werden.
78.	SBK / FinDel	313	Familie und Quartier	PG330100	Auf die Streichung des Beitrags an den Wunderplunder sei zu verzichten und der Globalkredit um 14'000.- zu erhöhen.	Der Theaterzirkus Wunderplunder ist ein kleiner Mitspielzirkus. Mit dem Beitrag ermöglicht die Stadt eine Zirkuswoche mit dem Wunderplunder in Bern-West, die durch die Sparmassnahme nicht mehr stattfinden würde.
79.	SBK / FinDel	313	Familie und Quartier	PG330100	Auf die Kürzung des Beitrags Verein Familienzentrum Bern von 22'000.- sei zu verzichten und der Globalkredit entsprechend zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						<p>Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. In der Gemeinwesenarbeit zu sparen bedeutet eine Verlagerung von Kosten, höhere Gesundheits- und Sozialhilfekosten sind die Folge.</p> <p>Das Familienzentrum Bern bietet Elternberatungen, Kinderbetreuung und verschiedene Weiterbildungskurse an. Die Kürzung des städtischen Beitrages hätte den Wegfall des Mittagstischangebotes zur Folge, ein niederschwelliges Angebot und wichtiger Treffpunkt für die Menschen im Quartier.</p>
80.	SBK	313	Familie und Quartier	PG330100	Auf die Kürzung der Jugendkulturpauschale sei zu verzichten und der Globalkredit um 20'000.- zu erhöhen.	<p>Die Nachfrage nach der Jugendkulturpauschale «Startstutz» ist von Beginn an hoch, entsprechend sind die eigentlich vorgesehen Mittel notwendig. Die Förderung der Kinder- und Jugendkultur ist Teil der Kulturstrategie der Stadt und leistet einen wichtigen Beitrag für die Teilhabe- und Entwicklungsmöglichkeiten von Kinder und Jugendlichen in Bern.</p> <p>Diese Kürzung hat auch indirekt eine Schwächung der Situation von Kulturvermittelnden zur Folge und betrifft somit auch im allgemeinen einen Berufsbe- reich, der durch die Krise sowieso schon hart getroffen ist.</p>
81.	BDB/CVP (ersetzt vormalige	318	Familie und Quartier	PG330100	Globalkürzung in der Produktegruppe 330100 in der Höhe des Betrages, um den der Stadtrat im Rahmen der	Die Sparmassnahmen des Gemeinderats beruhen auf einem fairen Verteilschlüssel, wobei sämtliche Direktionen ihren

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
	Anträge 75 und 76)				Budgetdebatte die Sparmassnahmen des Gemeinderats rückgängig macht – bis zu einer maximalen Höhe von CHF 471'000.	Beitrag leisten müssen – auch die Dienststelle Familie und Quartier. Durch den Gemeinderat wurde eine Priorisierung vorgenommen und entschieden, auf welche Ausgabenposten im nächsten Jahr verzichtet werden kann. Falls der Stadtrat anderer Meinung ist und auf gewisse Projekte und Beiträge nicht verzichten will, so muss dieser Sparbeitrag zumindest innerhalb dieser Produktgruppe geleistet werden und der Globalkredit um die Summe der angenommenen Anträge gekürzt werden.
82.	SBK	319	Familie und Quartier	PG330100	Auf die Kürzung der Mittel für Selbstverteidigungskurse um 36'000.- sei zu verzichten und der Globalkredit entsprechend zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. In der Gemeinwesenarbeit zu sparen bedeutet eine Verlagerung von Kosten, höhere Gesundheits- und Sozialhilfekosten sind die Folge. Die Stadt Bern bietet seit 2019 kostenlose Selbstverteidigungs-Kurse an, die vom toj, dem Mädchentreff Punkt 12, dem Verein Burgfeldtreff, der VBG und Familie & Quartier Stadt Bern organisiert werden. Die von der Stadt unterstützten Selbstverteidigungskurse sollen nur noch für

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						Kinder und Jugendliche und nicht mehr für Erwachsene angeboten werden. Es kann nicht sein, dass das Angebot bereits jetzt wieder gekürzt wird.
83.	PdA (Zora Schneider)	319	Familie und Quartier	PG330200 (Pinto)	Der Beitrag von jährlich Fr. 64 000.- für die Mahlzeitenabgabe für Leute auf der Gasse soll nicht gekürzt, sondern wie bisher beibehalten werden.	Der Betrag wurde auf 50 000 gekürzt. Abhängig davon, welche Auswirkungen Corona diesen Winter und nächstes Jahr haben wird, könnte es aber knapp werden. Während Corona hat man erlebt, dass viele freiwillig geführte Angebote nicht weitergeführt wurden. Besonders die Unmöglichkeit des Bettelns während des Lockdown hat viele Personen mit dem Lebensmittelpunkt auf der Gasse in Abhängigkeit von Mahlzeitenabgaben gesetzt.
84.	Minderheit SBK	324	Familie und Quartier	PG 330400 Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder	Zusätzliche Mittel für die familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder in Höhe von CHF 773'000.00	Im Rahmen der Totalrevision des FEBR hat das Stadtparlament Beschlüsse gefasst, welche gemäss der Einschätzung des Gemeinderats und den Expertinnen und Experten der Verwaltung aus pädagogischen Gründen nicht sinnvoll sind und oder die künftigen Entwicklungen der Tarife vorwegnehmen, bevor in der Praxis entsprechende Erkenntnisse gesammelt werden konnten. So soll zumindest im Jahr 2021 auf den Zuschlag für Kinder unter 12 Monaten sowie auf die Reduktion des erforderlichen Beschäftigungsums auf 105% bei einem Elternpaar bzw. 5 Prozent bei eine Alleinerziehenden verzichtet werden. Dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass bei Kindern mit sozialer und oder sprachlicher Indikation kein Mindest-Beschäfti-

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						<p>gungspensum notwendig ist, um von einem Betreuungsgutschein profitieren zu können. Mit den zusätzlichen Mitteln in Höhe von CHF 773'00.00 kann die Erhöhung des allgemeinen Zuschlages auf CHF 11.00 gedeckt werden.</p>
85.	SBK	324	Familie und Quartier	PG 330400 Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder	Zusätzliche Mittel für die familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder in Höhe von CHF 2'300'000.00 zur Aufgabenerfüllung gemäss FEBR.	An seiner Sitzung vom 11. Juni 2020 hat sich der Stadtrat mit der Totalrevision des Reglements über die familienergänzende Betreuung von Kindern und Jugendlichen (FEBR) befasst. Im Rahmen der Debatte beschloss der Stadtrat einen Ausbau der Leistungen, welche durch die Stadt Bern finanziert werden müssen und nicht lastenausgleichsberechtigt sind. Man geht von Mehrkosten von jährlich rund Fr. 2'300'000.00 aus. Hierbei handelt es sich um gebundene Ausgaben. Die Antragsteller*innen sind der Ansicht, dass es korrekt und transparent ist, wenn das PGB2021 entsprechend angepasst wird.
86.	SBK	325	Familie und Quartier	PG330400 Familienergänzende Tagesbetreuung für Kinder	Auf die Sparmassnahme Optimierungen in Tagis sei zu verzichten und der Globalkredit entsprechend um 150'000.- zur erhöhen.	Hierbei handelt es sich um Pensenreduktionen in Tagileitungen sowie Zusammenführungen mit Tagesschulleitungen im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Betreuung von Schulkindern. Diese Neustrukturierung darf nicht zu einem Qualitätsabbau führen. Der Druck auf das Personal und die Betreuungsqualität in den Tagesbetreuungsangeboten ist bereits jetzt hoch. Gerade die Coronakrise hat die gesellschaftliche Bedeutung der familienexternen Kinderbetreuung deutlich aufgezeigt. Mit dem Sparvorschlag in diesem Bereich würde

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						der Druck auf das Personal sowie die Qualität zusätzlich erhöht, was nicht angebracht ist. Eigentlich wäre hier im Gegenteil ein Ausbau nötig.
87.	SBK / FinDel	328	Familie und Quartier	PG330400 Familien-ergän-zende Ta-gesbetreu-ung für Kinder	Anpassung Steuerungsvorgabe 5 Allgemeiner Zuschlag auf Fr. 11.00	Das PGB2021 sieht einen Allgemeinen Zuschlag (P450) von Fr. 9.00 vor. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 11. Juni 2020 beschlossen, den allgemeinen Zuschlag auf Fr. 11.00 zu erhöhen. Entsprechend muss die Steuerungsvorgabe im PGB2021 angepasst werden.
88.	SBK	339	Alters- und Versicherungsamt	PG350500	Auf den Abbau der Projektleitungsstelle im Kompetenzzentrum Alter sei zu verzichten und der Globalkredit um 70'000.- zu erhöhen.	<p>Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.</p> <p>Das Thema Alter wird aus demografischen Gründen je länger je wichtiger – die Coronakrise hat Themen wie Einsamkeit/Isolation im Alter eindrücklich aufgezeigt. Es braucht in der Stadt Unterstützungsangebote, um die Teilhabe von älteren Menschen zu stärken.</p> <p>Durch den Stellenabbau im Kompetenzzentrum Alter sind wichtige Projekte wie Verbesserung des Zugangs zu den Betreuungsgutsprachen, die Neuauflage des</p>

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						Sozialwegweisers sowie niederschwelligere Zugänge zu Beratungs- und Unterstützungsangebote für ältere Menschen gefährdet.
89.	BDP/CVP	345	SZMD	PG360100	Die Produktgruppe PG360100 ist in vollem Umfang um CHF 1'393'258.07 zu kürzen.	Es handelt sich nicht um eine hoheitliche städtische Aufgabe und die Stadt Bern kann sich diese angesichts der finanziellen Lage nicht mehr leisten.
90.	SBK / FinDel	345	SZMD	PG360200	Auf die Kürzung/der Behandlungsbeiträge für Menschen/Kinder mit tiefen Einkommen sei zu verzichten und der Globalkredit ist um 30'000.- zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. Aufgrund des Spardruckes sollen neu Behandlungsbeiträge über den Zieglerfonds finanziert werden. Dies ist keine nachhaltige Lösung. Die Beiträge gehören ins ordentliche Budget der Stadt, Fonds sollen ergänzend zu ordentlichen und regelmässigen Aufgaben zum Einsatz kommen. Diesen Grundsatz hat der Stadtrat bestätigt. Für die Betroffenen ist die Finanzierung über einen Fonds zudem deutlich hochschwelliger und damit weniger zugänglich.
91.	SBK / FinDel	355	Gesundheitsdienst	PG370100 (P370140)	Der Teilverzicht auf die Aufstockung der Schulsozialarbeit soll nicht umgesetzt werden, die Aufstockung soll	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter.

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
					im Umfang des vom Stadtrat beschlossenen Rahmens geschehen und der Globalkredit soll damit um 250'000- erhöht werden.	<p>Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.</p> <p>Die Schüler/innenzahlen steigen stetig an und ein Ausbau in der Schulsozialarbeit (SSA) ist nötig. Die Ressourcen der SSA sind schon heute am untersten Limit der kantonalen Empfehlungen und im Vergleich mit anderen Städten sehr tief. Um ein flächendeckendes niederschwelliges Angebot an allen Schulstandorten sicherzustellen, um auch die Sonderschulen mit SSA zu versorgen und um genügend Ressourcen für den Kinderschutz zur Verfügung zu stellen, muss der Sollwert für die SSA auf 100% pro 800 SuS angehoben werden. Um diesen Sollwert einzuhalten, sind die zusätzlichen Mittel in den nächsten Jahren einzustellen. Dies hat der Stadtrat bereits im Rahmen der Beratung über das Budget 2020 entschieden.</p>
92.	SBK / FinDel	355	Gesundheitsdienst	PG370100 (P370140)	Die Praktikumsstellen in der Schulsozialarbeit sollen weiter angeboten werden und der Globalkredit sei um 17'500.- zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						<p>Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.</p> <p>Der Abbau von Praktikumsstellen entspricht einem Abbau des Angebots. Die Schulsozialarbeit soll aber gemäss Beschluss des Stadtrates ausgebaut werden. Zudem ist die Stadt gerade in Krisenzeiten auch in der Verantwortung Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, es sollen keine Praktikumsstellen gekürzt werden.</p>
93.	SBK	362	Gesundheitsdienst	PG370300	<p>Die Kürzung beim Netzwerk Gesundheitsförderung Schulen um 40'000,- sei rückgängig zu machen und der Globalkredit entsprechend zu erhöhen.</p>	<p>Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar.</p> <p>Im Netzwerk gesundheitsfördernde Schulen organisieren Gesundheitskoordinator*innen Projekte an den Schulen sowie fachliche Austauschforen. Das Netzwerk leistet einen sehr wichtigen präventiven Beitrag der Gesundheitsförderung von Schüler*innen und Erwachsenen, vulnerable Menschen profitieren überdurchschnittlich davon. Eine Schwächung dieses Angebotes führt zu einer Verlagerung</p>

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						von Kosten, da es vorbeugend wirkt. Höhere Nachfolgekosten durch vermehrte Sucht- Gewalt- oder psychische Probleme können die Folge sein.
94.	SBK / FinDel	363	Gesundheitsdienst	PG370300	Die Praktikumsstellen in der Frühförderung primano sollen weiterhin angeboten werden und der Globalkredit sei um 15'000.- zu erhöhen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter. Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Sparen bei Angeboten, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, ist sozial- und gesellschaftspolitisch nicht vertretbar. Die Frühförderung Primano leistet einen wichtigen und nachweisbaren Beitrag zur Chancengleichheit von Kindern. Zudem ist die Stadt gerade in Krisenzeiten auch in der Verantwortung Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, es sollen keine Praktikumsstellen gekürzt werden.
95.	BDP/CVP (Gegenüberstellung mit nachfolgendem Antrag)	378	Sportamt	PG380200	Globalkürzung um CHF 200'000.–	Gewisse Projekte, bspw. Hallo Velo, sind keine hoheitlichen städtischen Aufgaben. Die Stadt Bern kann sich diese angesichts der finanziellen Lage nicht mehr leisten.
96.	SP/JUSO	378	Sportamt	PG380200 (P380220)	Die Mittel für die Kampagne «Hallo Velo» sind um weitere 50 000 Franken zu reduzieren.	Aufgrund der Finanzlage der Stadt Bern soll diese Grossveranstaltung 2021 weitgehend ohne öffentliche Gelder der Stadt

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						Bern finanziert werden. Zudem ist fraglich, ob 2021 überhaupt Grossveranstaltungen stattfinden können.
97.	Minderheit SBK / SVP (mit Kompensation bei der Verkehrsplanung)	378	Sportamt	PG380200 Sportanlagen, Sportbetrieb	Reduktion der Erlöse um CHF 50'000.00. SVP: Auf die Erhöhung der Gebühren sei zu verzichten. Die Kompensation der fehlenden Erlöse um CHF 50'000.00 soll bei Verkehrsplanung erfolgen	Das Sportamt soll gemäss Vorgaben die Erlöse um CHF 200'000.00 erhöhen. Hierbei sollen unter anderem höhere Gebühren für die Sportvereine, welche zur Ausübung ihrer Sportart eine Eisfläche mieten, ins Auge gefasst werden. Auf Gebührenerhöhung zulasten von Vereinen des Breitensports soll verzichtet werden.
98.	SBK / SVP (mit Kompensation bei der Verkehrsplanung)	378	Sportamt	PG380200 Sportanlagen, Sportbetrieb	Auf die Streichung der Förderbeiträge Sportvereine ist zu verzichten. Die Bruttokosten sollen entsprechend um CHF 200'000.00 erhöht werden. SVP Auf die Streichung der Förderbeiträge der Gebühren sei zu verzichten. Der Betrag von Fr. 200'000 ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.	<u>SBK</u> Sportvereine sind eine elementare Stütze unserer Gesellschaft und leisten allen voran im Bereich Kinder- und Jugendförderung enorm wertvolle Arbeit, welche grossmehrheitlich auf ehrenamtlichem Engagement unzähliger Trainerinnen und Trainer, Vereinsmitglieder sowie von Eltern und Angehörigen basiert. In Sportvereinen wird wichtige Integrationsarbeit geleistet, Kinder und Jugendliche erlernen weit mehr als die Fähigkeiten der jeweiligen Sportart. Die zuständigen Stellen innerhalb der Verwaltung werden aber gebeten, den Verteilschlüssel der Fördergelder zu überprüfen. Allen voran soll geprüft werden, ob es mit angemessenem administrativem Aufwand möglich ist, auch Sportvereine, die keine fixen Infrastrukturen bei der Stadt Bern mieten, für den Bezug von Fördergeldern zu berechtigen. <u>SVP:</u>

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						Die SVP widersetzt sich der Streichung der Förderbeiträge an die Sportvereine. Der Betrag von Fr. 200'000 ist vollumfänglich bei der Verkehrsplanung zu kompensieren.
99.	Minderheit SBK	378	Sportamt	PG380200 Sportanlagen, Sportbetrieb	Auf die Durchführung des Anlasses «Velo Bern» soll 2021 verzichtet werden. Die Bruttokosten sollen um weitere CHF 100'000.00 reduziert werden.	Ein Anlass wie «Hallo Velo» soll durch private Organisationen, Gewerbebetriebe und oder Interessenverbände organisiert werden. Es ist nicht sinnvoll, hat die Stadt Bern selber den Lead übernommen. Dies nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass jeweils kurz nach «Hallo Velo» mit dem «race for life» ein weiterer öffentlichkeitswirksamer Rad-Anlass vor und rund um das Bundeshaus durchgeführt wurde. Zudem kann angezweifelt werden, dass ein Anlass wie «Hallo Velo» einen kausalen Zusammenhang zur Erreichung der Ziele der «Velooffensive» hat.
100.	SBK / FinDel	378	Sportamt	PG380200 (P380220)	Die Mittel für den Bärn Champion im Umfang von Fr. 30'000 sind zu streichen.	Der Nutzen dieser Veranstaltung ist nicht zu begründen.
101.	SBK / FinDel	386	Kompetenzzentrum Integration	PG390100	Auf die Kürzung der neu eingeführten Deutschbons um 50 000 Franken ist zu verzichten und der Globalkredit soll entsprechend erhöht werden	Die Deutschbons wurden erst letztes Jahr eingeführt und sind auf grosses Interesse gestossen. Mit ihnen können Menschen einen Deutschkurs ihrer Wahl besuchen. Die Sprache ist das Wichtigste Kriterium, um in der Schweiz Anschluss und eine Arbeit zu finden und an der Gesellschaft teilhaben zu können. Dieses niederschwellige Angebot leistet hier einen sehr wirksamen Beitrag
102.	SBK / FinDel	384	Kompetenzzentrum Integration	PG390100	Für die Unterstützung der Beratungsstelle für Sans-Papiers seien 20'000.- für 2021 vorzusehen.	Die Krise verschärft die sozialen Ungleichheiten in einer Gesellschaft weiter.

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						Unkomplizierte und unentgeltliche Unterstützungsangebote leisten einen unersetzlichen Beitrag zur Chancengleichheit. Sie sind Hilfe zur Selbsthilfe. Angebote, die die Grundrechte und Existenzbedürfnisse betreffen, müssen deshalb gerade jetzt gesichert werden. Der Stadtrat hat einen Vorstoss überwiesen, der eine Unterstützung der Beratungsstelle für Sans-Papiers verlangt. Der entsprechende Betrag sei ins Budget aufzunehmen.
103.	SBK / FinDel	386	Kompetenzzentrum Integration	PG390100	Auf die Kürzung der der Praktikumsstelle im KI ist zu verzichten und der Globalkredit soll entsprechend um 18'000.- erhöht werden.	Die Stadt gerade in Krisenzeiten auch in der Verantwortung Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, es sollen keine Praktikumsstellen gekürzt werden.

Dienststellen TVS

Nr.	Antragstellende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
104.	BDP/CVP	418	Tiefbauamt	PG510300	Globalkürzung um CHF 300'000 bei der Belebung des öffentlichen Raums	Es handelt sich – bspw. bei der Möblierung des öffentlichen Raumes – definitiv nicht um eine hoheitliche städtische Aufgabe und die Stadt Bern kann sich diese angesichts der finanziellen Lage nicht mehr leisten.

Nr.	Antragsteller	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
105.	PVS / FinDel	418	Tiefbauamt	PG510300	Kürzung Kleinreparaturen und Unterhaltsarbeiten auf den Verkehrswegen (inkl. Strassenentwässerung) um zusätzliche 100'000 Franken zu Massnahme 3 TVS, S. 395 (neu Reduktion insgesamt 200'000 Franken)	
106.	GB/JA!	418	Tiefbauamt (Betrieb und Unterhalt)	PG510300	Das Stadtfest ist coronabedingt auf 2021 verschoben worden. Auf den Gebührenerlass durch die Stadt ist dabei zu verzichten. Es sind Gebühreneinnahmen von CHF 200'000.- für Reinigung und Signalisation zu budgetieren.	In Bern gibt es genügend Feste und Events, die Stadt soll in Krisenzeiten kein zusätzliches Stadtfest finanziell unterstützen, das Geld ist für wichtigere städtische Aufgaben auszugeben.
107.	SP/JUSO	418	Tiefbauamt	PG510300	Reduktion Winterdienst in den Quartieren um zusätzlich Fr. 50'000.- zu Massnahme 7 TVS, S. 395 (neu insgesamt Fr. 200'000.-)	
108.	SP/JUSO	418	Tiefbauamt	PG510300	Reduktion bei Erweiterung von Lichtsignalanlagen um Fr. 50'000.-	
109.	PVS-Minderheit	419	Tiefbauamt	PG510300	Auf die Erhöhung der Parkplatzgebühren gemäss Entlastungsmassnahmen der Direktionen ist zu verzichten	Es ist nicht angebracht, die bisherige Ausgabenpolitik (Personalausbau) nun

Nr.	Antrag- stel- lende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						mit Mehreinnahmen aus Gebühren zu finanzieren, insbesondere nicht gegen das Gewerbe
110.	GaP	426	Tiefbauamt	PG510500	Die Nettokosten für die Stadtbeleuchtung werden um 40% gesenkt.	Die immer hellere bzw. grellere Beleuchtung des öffentlichen Raumes kann zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Bewohner*innen der Stadt Bern führen und hat ökologische Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt, insbesondere reduziert es die Artenvielfalt. Massgebend ist vor allem die Lichtstärke. Durch eine Reduktion der Stärke und des Ausmasses der Beleuchtung des öffentlichen Raumes können diese negativen Auswirkungen begrenzt werden und Energiekosten gespart werden.
111.	GB/JA!	426	Tiefbauamt	PG510500	Die öffentliche Beleuchtung soll weiterhin mit 100% Ökostrom betrieben werden. Das Budget ist entsprechend um 100'000.- zu erhöhen.	Der Gemeinderat hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Stadt Bern bis 2035 klimaneutral sein soll. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn ein signifikanter Anteil des Stroms durch Solaranlagen erzeugt wird. Die Stadt muss entsprechend nicht nur Solaranlagen bauen, sondern auch als Konsumentin mit gutem Beispiel vorangehen und einen möglichst grossen Teil ihres Stromverbrauchs mit Solarstrom decken.
112.	BDP/CVP	438	Stadtgrün Bern	PG520300	Globalkürzung um CHF 230'000 bei Naturleben und -bildung.	Die Produktgruppe Naturerleben und -bildung ist keine hoheitliche städtische Aufgabe und die Stadt Bern kann sich diese angesichts der finanziellen Lage nicht mehr leisten.
113.	SVP	450	Verkehrsplanung	PG580100	Kürzung des Budgets um 2 Millionen	Die Verkehrsplanung schafft nur neue Probleme und kämpft gegen Parkplätze.

Nr.	Antrag- stel- lende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
						Diese wirtschaftsfeindliche Einstellung kann nur gestoppt werden, wenn die Mittel entsprechende gekürzt werden.
114.	PVS-Minderheit (bei Annahme obenstehender Antrag evtl. enthalten)	450	Verkehrsplannung	PG580100	Kürzung des Budgets um 1 Million	
115.	BDP/CVP	455	Verkehrsplannung	PG580200	Globalkürzung um CHF 2'450'000 bei der Förderung Fuss- und Veloverkehr	Der Fuss- und Veloverkehr wurde in den letzten Jahrzehnten genügend gefördert.
116.	SVP	455.	Verkehrsplannung	PG580200	Kürzung der Nettokosten um Fr. 1'500'000.00 zulasten PG580200 Förderung Fuss und Veloverkehr. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.	
117.	PVS-Minderheit	455	Verkehrsplannung	PG580200	Kürzung des Budgets der Fachstelle Verkehr um 1,2 Mio. Franken zulasten des Fonds RFFV – unter Änderung des Reglements	In den letzten Jahren wurde viel Geld für die Velo-Offensive ausgegeben, nun ist auch an diesem Budgetposten einen Anteil an die neuen finanziellen Gegebenheiten zu leisten.
118.	BDP/CVP Eventualantrag zu obigen Anträgen	455	Verkehrsplannung	PG580200	Globalkürzung um CHF 1'000'000 bei der Förderung Fuss- und Veloverkehr.	Der Fuss- und Veloverkehr wurde in den letzten Jahrzehnten genügend gefördert.
119.	PVS-Minderheit	455	Verkehrsplannung	PG580200	Kürzung des Budgets um CHF 400'000.00 um den zweiten Teil der Velokampagne	Aufgrund der finanziellen Lage der Stadt sind auf solche nice-to-have-Ausgaben zu verzichten.
120.	PVS-Minderheit	455	Verkehrsplannung	PG580200	Die Velokampagne sei per sofort zu stoppen, die Mittel zu streichen.	

Nr.	Antrag- stel- lende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
121.	SVP Eventu- alantrag zu obi- gen An- trägen	455	Verkehrspla- nung	PG580200	Kürzung der Nettokosten um 250'000 Franken zulasten PG580200 Förderung Fuss und Veloverkehr. Der Betrag ist vollumfänglich für den Schuldenabbau einzusetzen.	
122.	SVP (Kom- pensa- tion)	455	Verkehrspla- nung	PG580200	Kürzung der Nettokosten um 200'000 Franken, zugunsten Beibehaltung der Förderbeiträge für Sportvereine (siehe Antrag bei Sportamt)	
123.	SVP (Kom- pensa- tion)	455	Verkehrspla- nung	PG580200	Kürzung der Nettokosten um 50'000 Franken, zugunsten Verzicht auf Erhöhung der Gebühren für Sportvereint (siehe Antrag bei Sportamt) K	
124.	SVP (Kom- pensa- tion)	455	Verkehrspla- nung	PG580200	Kürzung der Nettokosten um 350'000 Franken, zugunsten Erhöhung der Nettokosten bei PG210100 Kantonspolizei (siehe SVP-Antrag bei Kantonspolizei)	
125.	SVP	455	Verkehrspla- nung (Veloverleih- system)	PG580200	Die Mittel für das Veloverleihsystem sind zu streichen.	

Dienststellen FPI

Nr.	Antrag- stel- lende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
126.	BDP/CVP	479	ISB	PG621100	Der Nettoerlös ist auf CHF 100'000 festzusetzen.	Da der Betrieb des Rebgruts Neuenstadt keine hoheitliche städtische Aufgabe darstellt, sollte es entweder veräussert werden oder zumindest kommerziell erfolgreich verpachtet werden.
127.	SP/JUSO	481	ISB	PG620100	Die Kürzung des laufenden Unterhalts ist um 468 000 Franken auf insgesamt 2 500 000 Franken zu erhöhen. (siehe Massnahme 15 FPI)	Um kurzfristig das Sparziel zu erreichen, sind Kürzungen beim laufenden Unterhalt für ein Jahr vertretbar. Sie sollen allerdings eine Ausnahme bleiben.
128.	GB/JA!	483/484	ISB	PG620100	Steuerungsvorgabe 1: Auf die Erhöhung der Steuerungsvorgabe zum Zustandswert des gesamten Immobilienportfolios soll verzichtet und diese bei 0.78 belassen werden.	Es wird Kompromisse bei den Investitionen brauchen. Die Erhöhung der Steuerungsvorgabe im jetzigen Moment ist deshalb nicht adäquat.
129.	BDP/CVP	508	Informatik- dienste	PG650100	Reduktion der Bruttokosten um 1'221'417.35 auf 20'000'000.	Das Ausgabenwachstum der Informatikdienste ist zu begrenzen. Aufgrund der internen Weiterverrechnungen an die Abteilungen haben die ID keinerlei Anreize die Kosten zu einzusparen – zumal bereits 2018 die städtischen Informatikdienstleistungen für weniger als CHF 20'000'000 erbracht werden konnten.

Nr.	Antrag- stel- lende	Seite	Dienststelle	PG-Nr.	Anträge	Begründung
130.	BDP/CVP	515	Logistik Bern	PG660300	Kürzung der Nettokosten um CHF 744'718.09.	Die zentrale Erbringung der internen Logistikdienstleistungen hat kostendeckend zu erfolgen, da diese Dienstleistungen den betreffenden Abteilungen weiterverrechnet werden.